

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

am 18. Januar hat die Tarifrunde 2017 für die über 800.000 Beschäftigten, die unter den Tarifvertrag der Länder (TV-L) fallen, begonnen. Im Organisationsbereich der GEW BERLIN sind davon vor allem Lehrkräfte und die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) betroffen.

Worum geht es in der Tarifrunde 2017?

Die Gewerkschaften fordern in der Tarifrunde 2017 eine Erhöhung der Tabellenentgelte im Gesamtvolumen von 6 Prozent.

Ebenso haben die Bundestarifkommissionen von GEW und ver.di beschlossen, die Einführung einer Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 und die Angleichung der Bezahlung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder an die der Kommunen zu fordern.

Die beiden Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, der TVöD für Kommunen und Bund und der TV-L für die Länder, haben sich materiell und inhaltlich auseinanderentwickelt. Das führt insbesondere in Berlin, wo sowohl für die Bundesbehörden als auch in den Kommunen des Landes Brandenburg der TVöD angewendet wird, zunehmend zu Problemen. Diese haben sich noch verstärkt, nachdem im Jahr 2015 die Beschäftigten im SuE in einem mehrwöchigen Streik erhebliche Verbesserungen für den TVöD erstreikt haben. So kann heute eine Erzieherin durch den Wechsel des Arbeitsplatzes über die Stadtgrenze nach Brandenburg monatlich über 400 € mehr verdienen. Eine Aufwertung der Tätigkeiten in den SuE-Berufen ist auch im Bereich des TV-L dringend notwendig. Daher fordern wir die Übertragung des Ergebnisses des TVöD für den SuE auf den TV-L.

Für die Lehrkräfte, aber nicht nur für diese, ist die Forderung nach einer Stufe 6 ab der Entgeltgruppe 9 von großer Bedeutung. Bisher gibt es im TV-L im Gegensatz zum TVöD in den Entgeltgruppen 9 bis 15 nur fünf Erfahrungsstufen. Ist die fünfte Erfahrungsstufe erreicht, gibt es keine automatische Stufen- und damit auch keine Entgelterhöhungen mehr.

Aus der Tarifaueinandersetzung 2016 der angestellten Lehrkräfte ist die Forderung nach einer Zulage, die den Unterschied zur Besoldung der Beamt*innen ausgleicht, noch offen. Mit der Durchsetzung einer Stufe 6 und dann höheren Entgelten als in der Stufe 5 würde der gleiche Effekt wie mit einer Zulage erzielt. Der Unterschied zur Besoldung der Beamt*innen würde sich verkleinern. Aber auch für alle anderen Beschäftigten in den Entgeltgruppen 9 bis 15 ergäbe sich mit der Einführung einer Stufe 6 eine lukrative Perspektive.

Neben diesen beiden für uns in Berlin besonders wichtigen Forderungen geht es aber auch um eine Erhöhung der Entgelte für alle Entgeltgruppen. Die Einkommensentwicklung der Beschäftigten der Länder ist in den letzten Jahren hinter der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben. Dabei sprudeln die Steuereinnahmen. Die Beschäftigten der Länder müssen für ihre täglich gute und engagierte Arbeit auch entsprechend bezahlt werden. Wir fordern daher eine Entgelterhöhung, die der verbesserten Einnahmesituation der Länder Rechnung trägt.

Setzen wir uns gemeinsam für ein gutes Ergebnis in der Tarifrunde 2017 ein.

Beteiligt Euch aktiv an den Warnstreiks!

Mit freundlichen Grüßen



Udo Mertens
Leiter des Vorstandsbereiches
Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik



Doreen Siebernik
Vorsitzende